

## Gerechtigkeit statt Almosen

### **Aufruf zu einem grundlegenden Politikwechsel zur Reduktion der Armut in benachteiligten Regionen im Jahr 2005**

**Die bisherige Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele ist völlig unzureichend. Die Zeit drängt.**

Wenn sich die G8-Staaten und andere Geberländer nur mit Lippenbekenntnissen den Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals MDGs) verpflichtet haben, ohne zugleich für die nötigen Ressourcen und Massnahmen zu ihrer Verwirklichung zu sorgen, dann setzen sie sich dem Vorwurf des blanken politischen Zynismus auf Kosten der Armen in der Welt aus. Viele einkommensschwache Länder werden die Zielvorgaben der MDGs nicht erfüllen können. Das Jahr 2005 ist die letzte Chance für die reichen Länder, ihren Verpflichtungen zur Reduzierung der weltweiten Armut durch einen adäquaten Beitrag zur Erreichung der Ziele nachzukommen. Der vorliegende Bericht gibt Empfehlungen für einen radikalen Wandel in der Politik der Geber- zugunsten der Entwicklungsländer.

Zu den MDGs zählen die Halbierung des Anteils der Weltbevölkerung, der unter absoluter Armut und Hunger leidet, die Sicherstellung der Grundschulbildung für alle Kinder und die Senkung der Kindersterblichkeit um zwei Drittel bis 2015.

Sie zu realisieren setzt einschneidende Veränderungen sowohl im Bereich der Entwicklungsfinanzierung als auch bei den Handelspolitiken voraus. Schafft man lediglich gerechtere Möglichkeiten zur Teilnahme armer Länder am Handel, werden unzählige in Armut lebende Menschen von ihren einheimischen und den globalen Märkten ausgeschlossen bleiben - ohne Chance, von Reformen zu profitieren. Stockt man hingegen lediglich die Entwicklungsfinanzierung auf - ungeachtet der Qualität der Unterstützung und unter Verzicht auf Handelsreformen -, macht man die Entwicklungsländer - an erster Stelle Afrika - anfälliger für Wirtschaftsschocks und treibt sie immer tiefer in die Verschuldung. Mit anderen Worten: Dieser Bericht soll aufzeigen, dass weder verstärkte Entwicklungsförderung noch fairer Handel für sich allein genügend Wirkung zeigen werden. Im Kampf gegen die Armut ist beides notwendig.

*Brot für alle (BFA)/Fastenopfer* vertreten auch die Auffassung, dass die ungleiche wirtschaftliche und politische Machtverteilung im Entwicklungsverhältnis zwischen dem Norden und dem Süden die Qualität von Entwicklungszusammenarbeit und armutsorientierten Massnahmen unterminiert. Um Armut nachhaltig und umfassend zu reduzieren und den benachteiligten Ländern die Chance auf eine eigenständige menschliche und wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen, müssen die Geberländer an den ungerechten Machtstrukturen ansetzen und sich zu echter Partnerschaft bekennen. Die Millenniums-Entwicklungsziele bieten die Chance, unter dem Ziel 8: „Eine Globale Partnerschaft im Dienste der Entwicklung zu schaffen“ die notwendigen strukturellen Veränderungen einzufordern.

### **Die Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele**

Die Erhöhung der Mittel für Entwicklungsfinanzierung ist ein Schlüsselement, um armen Ländern das Erreichen der Millenniums-Entwicklungsziele zu ermöglichen. Trotz abweichender Schätzungen gehen alle davon aus, dass eine Verdopplung der gegenwärtig für Katholisches Hilfswerk Entwicklungsfinanzierung bereit gestellten Mittel notwendig ist, um die Ziele zu erreichen. Von der Zielmarke 2015 trennen uns nur mehr zehn Jahre!

Bislang ist es der Gebergemeinschaft nicht gelungen, sich auf zusätzliche Mittel sowie auf deren Quellen zu verständigen. Während die Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) eine Erhöhung ihrer Mittel für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit bis 2006 auf mindestens 0,33 Prozent des BIP anstreben, hat die Schweiz eine Erhöhung von gegenwärtig 0,34 Prozent auf 0,4 Prozent bis

2010 versprochen. Das Erreichen dieses Ziels ist aber sehr ungewiss, da die Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit einerseits der jährlichen Budgetdebatte in den Räten unterliegen und daher jederzeit gekürzt werden können. Andererseits schlägt der Bundesrat vor, die in den EU-Kohäsionsfonds einzuzahlende Milliarde Schweizer Franken in den kommenden fünf Jahren aus dem Entwicklungsbudget zu begleichen. Dies entfernt die Schweiz nicht nur noch weiter von ihrem – im Vergleich zu europäischen Ländern mit ähnlich hohem Volkseinkommen ohnehin schon bescheidenen – 0,4 Prozent-Ziel bis 2010, sondern bestraft einmal mehr die ärmsten Länder, die dann quasi für die bilateralen Verträge der Schweiz mit der EU zur Kasse gebeten werden sollen.

Vorschläge zur Erschliessung zusätzlicher Finanzierungsquellen durch die Einführung eines globalen Steuersystems - wie die Devisentransaktionssteuer - werden vielerorts zurückhaltend aufgenommen – die Schweiz hat bisher deutlich Ablehnung dieser wichtigen Initiative signalisiert. Zwischen den Geberländern fehlt nach wie vor ein Konsens darüber, welche Massnahmen ein Empfängerland umsetzen muss, um seine Verpflichtung zur „Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreform“ unter Beweis zu stellen.

Vor sechs Jahren stellten die Teilnehmenden des G7-Gipfels in Köln den hoch verschuldeten armen Ländern (Highly Indebted Poor Countries HIPC) Schuldenerleichterungen in Höhe von 100 Milliarden US Dollar im Rahmen eines Programms zur Erreichung „tragfähiger“ Schuldenlast in Aussicht. Bislang wurde jedoch nicht einmal ein Drittel der zugesagten Summe gestrichen. Nach Angaben der Weltbank haben die meisten Schuldnerländer nicht von der HIPC-Initiative profitieren können.

Dieser Bericht skizziert neue, umsetzbare Rahmenbedingungen zur Finanzierung der Millenniums-Entwicklungsziele. Die Finanzierungslücke bei der Erreichung der MDGs in benachteiligten Regionen sollte mit Hilfe von Entschuldung und Fördermitteln geschlossen werden. Eine vorrangige Umsetzung in Form von Schuldenerlass verbessert die Eigenverantwortung des Empfängerlandes und die langfristige Vorhersehbarkeit der Mittelflüsse als unerlässliche Voraussetzungen eines erfolgreichen Geber-Empfänger-Verhältnisses.

Gleichzeitig müssen die Mittel für Entwicklungsförderung massiv und zügig aufgestockt werden. Sollen die Entwicklungsziele erreicht werden, müssen die öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Assistance, ODA) allein an die Regierungen der Länder Afrikas südlich der Sahara auf 40 Milliarden US-Dollar jährlich mehr als verdoppelt werden. Weltweit müssten mehr als 50 Milliarden US-Dollar bereit gestellt werden.

Sollen die Erfolge nachhaltig sein, muss sich auch das Verhältnis zwischen Gebern und Empfängerländern grundlegend ändern. *BFA/Fastenopfer* plädieren für ausgewogenere Rahmenbedingungen für die Entwicklungszusammenarbeit auf der Grundlage einer gerechter gestalteten Partnerschaft zwischen den Geberländern und den Entwicklungsländern. Katholisches Die Verpflichtungen müssen wechselseitig sein. Wollen Geberländer die Regierungen der armen Länder zur Rechenschaft ziehen, müssen auch sie den Nachweis erbringen, dass sie ihre Zusagen halten. 2002 verpflichteten sich die OECD-Länder zur Bereitstellung der fehlenden Mittel zur Erreichung der MDGs für diejenigen Länder, die „sich ernsthaft zu Armutsbekämpfung, guter Regierungsführung und Wirtschaftsreformen verpflichten“. Knapp drei Jahre später zeichnet sich ab, dass dies leere Versprechungen waren.

## **Der Welthandel**

Viele afrikanische Staaten können von den derzeitigen internationalen Handelsregeln nicht profitieren. Studien der Weltbank und des UN-Development Programme (UNDP) belegen, dass die Uruguay-Runde, die zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) führte, mit ihren Machtungleichheiten, der einseitigen Agenda und der Vernachlässigung der Ergebnisse ihrer Politik die Situation in Afrika noch verschlimmert hat.

2001 riefen die WTO-Mitgliedsstaaten die Doha-„Entwicklungsrunde“ aus. Die Welthandelsvereinbarungen sind bislang indes kaum von der Stelle gekommen. Die reichsten

Handelsnationen der Welt verhalten sich überaus zurückhaltend bei der Vereinbarung handelspolitischer Änderungen zugunsten der Entwicklung in benachteiligten Regionen.

Nichts zeigt dies deutlicher als die massive Unterstützung und der Schutz, den die Industriestaaten ihrer Landwirtschaft gewähren. Bei den laufenden WTO-Verhandlungen sind die Agrarsubventionszahlungen vordringliches Thema. Gleichwohl wenden die reichen Länder alle nur erdenklichen Tricks an, um an den Subventionen festzuhalten, statt sich glaubhaft zur Aufgabe ihrer Praxis zu verpflichten, ihre subventionierten Produkte zu Dumpingpreisen auf die Märkte der armen Länder zu werfen.

Und doch ist die Einstellung der Subventionspraxis der Industrieländer nur ein Teil der Veränderungen, die stattfinden müssen, damit viele Entwicklungsländer erfolgreiche Strategien zum Kampf gegen die Armut umsetzen können.

Der Agrarsektor birgt das größte Potential zur Armutsbekämpfung und zur Erreichung armutsorientierten Wirtschaftswachstums in den Entwicklungsländern. Handelspolitiken, die sich schlichtweg über die Interessen der ärmsten und schutzbedürftigsten Erzeuger und Erzeugerinnen der Welt hinwegsetzen, untergraben dieses. Das Insistieren der Industrieländer auf der Öffnung der Märkte in den Entwicklungsländern geht mit rückläufigen Hilfeströmen und restriktiven Geberpolitiken einher - ein Verhalten, das die Vitalität des Agrarsektors und das Leben der Bedürftigsten in den meisten Ländern des Südens massiv bedroht.

Die Möglichkeiten für diese Regionen, Handel zu treiben und davon zu profitieren, werden durch eklatante Missstände wie völlig unzureichende Infrastrukturen sowie Welthandelsstrukturen, die besonders den afrikanischen Kontinent in eine schier unentrinnbare „Rohstoff-Falle“ drängen, gravierend beeinträchtigt. Die Geberländer stellen vorrangig Mittel für Gesundheit und Bildung bereit und haben dabei eine kohärente ländliche Entwicklung vernachlässigt.

Soll die Doha-Runde die Entwicklungsländer zur Erreichung des 2015-Ziels der Halbierung der Armut befähigen, muss Entwicklung das vorrangige Thema auf der Agenda der internationalen Handelsgespräche sein. Bislang ist dabei allenfalls ein Sammelsurium kleiner Zugeständnisse und Übergangsfristen, gekoppelt an ein eher pauschales Liberalisierungskonzept, zustande gekommen. Und schlimmstenfalls diene „Entwicklung“ als leere Worthülse zur Verschleierung eines merkantilistisch geprägten „Business as usual“. Die Annahme, die extreme Armut in den Entwicklungsländern liesse sich bis 2015 ohne Revision der Vorstellungen der Industrieländer von Handel und Entwicklung halbieren, ist schlicht illusorisch.

<sup>i</sup> Einer Weltbankstudie zufolge hat sich die Situation in Afrika südlich der Sahara aufgrund der im Rahmen der Uruguay-Runde verschlechterten „terms of trade“ noch verschlimmert. Nach Schätzungen der UNDP haben nach den WTO-Verhandlungen im Zeitraum von 1995 bis 2004 die 48 am wenigsten entwickelten Länder 600 Millionen US\$ pro Jahr, Sub-Sahara-Afrika 1,2 Milliarden US\$ eingebüßt.